

Inhaltsverzeichnis

S. 2 Präambel

S. 2 Rekommunalisierung statt weiterer Privatisierung

S. 3 Bildung

S. 4 Wohnortnahe Gesundheitsversorgung und bessere Altenpflege

S. 5 Gleichberechtigung / Gender

S. 6 Wohnen

S. 7 Migranten stärken

S. 7 Antifaschismus - noch immer notwendig

S. 8 Flüchtlingspolitik

S. 9 Altersgerechter Lebensort

S. 10 Öffentlich geförderter Beschäftigungssektor (ÖBS)

S. 11 Hartz 4

S. 11 Mobilität/Verkehr

S. 12 Energie ökologisch und sozial



Soziale Ideen ins Rathaus!

Soziale Politik beginnt vor Ort. DIE LINKE möchte zu den Kommunalwahlen am 25. Mai 2014 für Kreis- und Gemeinderäte kandidieren. Wir suchen dazu aufgeschlossene und kritisch denkende Menschen.
Sei dabei und unterstütze uns. Danke!

Kommunalwahlprogramm der Partei DIE LINKE in Stadt- und Landkreis Heilbronn

DIE LINKE steht ein für eine solidarische Gesellschaft, in der alle Menschen gleichberechtigt nach ihren Möglichkeiten und Bedürfnissen leben können. Eine Gesellschaft, in der das Wohl der Menschen und der Umwelt das oberste Ziel ist, jenseits von Ausbeutung und Profitgedanken.

Dieser Vorstellung verpflichtet, möchten wir uns in der Kommunalpolitik um die Sorgen und Nöte der Menschen kümmern. Hier möchten wir mitgestalten. Dazu braucht es mehr Transparenz und mehr Demokratie im Landratsamt und in den Rathäusern. Dazu muss aber auch die Logik der knappen Kassen gebrochen werden. Die Kassen der Kommunen werden von der Bundes- und Landespolitik zunehmend belastet, Kürzungen in der Daseinsvorsorge und beim Personal sind die Folge. Das muss auf Bundes- und Landesebene durchbrochen werden. In Deutschland gibt es so viel Geld wie noch nie, aber die Schere der Vermögen geht weiter auseinander. Auch in Stadt- und Landkreis Heilbronn steht die höchste Anzahl von Einkommensmillionären im Land der überdurchschnittlichen Quote von Leiharbeitern gegenüber. Hohe Vermögen müssen endlich wieder höher besteuert werden, etwa durch eine Millionärssteuer, die dann übers Land der Kommunalpolitik zur Verfügung gestellt werden kann.

Auf dieser Grundlage haben wir ein Programm für den Stadt- und Landkreis Heilbronn zur Kommunalwahl 2014 ausgestaltet.

Rekommunalisierung statt weiterer Privatisierung

Viele Bereiche der Daseinsvorsorge wie Krankenhäuser, Müllabfuhr, Nahverkehr, Stromversorgung und andere sind im Stadt- und Landkreis Heilbronn bereits ganz oder teilweise privatisiert. Damit stehen oft genug der maximale Profit und die Wirtschaftlichkeit im Vordergrund statt des maximalen Nutzens für die Einwohnerinnen und Einwohner und deren Bedürfnisse. Transparenz und demokratische Kontrolle bleiben so oft auf der Strecke.

Linke Kommunalpolitik will das auch im Stadt- und Landkreis Heilbronn ändern. Am Beispiel der Müllabfuhr im Landkreis haben wir deshalb mit unserem Antrag zur Rekommunalisierung der Müllabfuhr auf Folgendes hingewiesen: „Ziel wäre es, die Müllabfuhr mit sozialen und ökologischen Standards zu überführen und Synergieeffekte mit dem Abfallwirtschaftsbetrieb zu nutzen. Damit könnte die Müllentsorgung im Landkreis stärker auch zur regionalen Wertschöpfung beitragen, statt einem Großkonzern aus Berlin das Geschäft zu überlassen.“

Zur Daseinsvorsorge zählen wir auch nicht kommerziell nutzbare Räume in allen Landkommunen und in den Stadtteilen, für soziale, kulturelle und sportliche, selbstbestimmte Aktivitäten.

Öffentliche Arbeitgeber (inklusive privatrechtlich organisierte, ausgegliederte GmbHs) haben für den regionalen Arbeitsmarkt Vorbildcharakter, deshalb müssen gerade dort Tarifverträge und nachhaltige (statt prekären) Arbeitsplätze selbstverständlich werden.

Die Vergabe öffentlicher Aufträge ist ebenfalls an solche sozialen Standards zu koppeln. Es kann nicht sein, dass öffentliche Gelder zu Lohndumping eingesetzt werden.

Bildung

DIE LINKE steht für eine kostenfreie Bildung von der Kita bis zum Studium. Dazu gehören auch Aus- und Weiterbildung. Dabei muss die Qualität der Bildung ständig gesteigert werden. Alle sollen optimale Förderung erhalten. Gleichberechtigter Zugang zur Bildung ist ein Menschenrecht. Bis heute entscheidet oft der Geldbeutel der Eltern, wie weit es der Sprössling schafft.

Als LINKE kämpfen wir auf europäischer, Bundes- und Landesebene für dieses Recht. Und natürlich auch auf kommunalpolitischer Ebene. Für die Umsetzung bedarf es eines Zusammenspiels aller Ebenen.

Die Stadt Heilbronn hat hier mit dem kostenfreien Kindergartenplätzen für Kinder ab drei Jahre einen vorbildlichen Schritt in die richtige Richtung getan. Den gilt es nun auch für die Angebote für Kinder unter drei Jahre zu tun. Dies beinhaltet einen Ausbau der zur Verfügung stehenden Kitaplätze und einem guten Personalschlüssel. – In all diesen Bereichen müsste der Landkreis nachziehen. So fordern wir auch in Brackenheim eine kostenfreie Kindergartenversorgung. Die Mehrkosten sind hierfür vergleichsweise gering.

Wir fordern

- Kostenlose Krippenplätze für die Unterstützung der Entwicklung der Kinder und die bessere Vereinbarkeit von Arbeit und Familie.
- Kostenlose Kindergärten mit Förderung durch qualifiziertes pädagogisches Fachpersonal.
- Öffnungszeiten, die die Vereinbarkeit von Arbeit und Kind ermöglichen.
- Begrenzung der Gruppengrößen auf maximal 21 Kinder bei Einsatz von zwei

Fachkräften, um individuell auf Kinder eingehen zu können. Ziel sind die

EU-Standards, die eine maximale Gruppengröße von 15 und einen Betreuungsschlüssel von 1:8 vorsehen.

- Den Einsatz von Nicht-Fachkräften lehnen wir ab. Die Ausbildung und die Bezahlung von Erzieherinnen müssen angehoben, die Fortbildung verbessert werden.

➔ Dafür wird die Verdoppelung der Zuschüsse des Landes an die Kommunen benötigt.

Bessere Schulausstattung und fachliche Betreuung in Ganztageschulen

DIE LINKE. steht für ein völlig anderes Bildungskonzept. Statt Auslese heißt unser Prinzip Förderung. Kein einziges Kind und kein Jugendlicher dürfen im Bildungssystem abgehängt werden.

DIE LINKE will das dreigliedrige Schulsystem ersetzen durch integrative Gemeinschaftsschulen bis zur 10. Klasse. Wir freuen uns über die entsprechenden Pilotprojekte im Stadt- und Landkreis.

Kommunalpolitisch stehen wir für mehr Jugendsozialarbeit und attraktivere Jugend- und Sozialeinrichtungen. Wegen der Unterfinanzierung der Kommunen gibt es an den Baden-Württembergischen Schulen einen milliardenschweren Investitionsstau.

Kostenloses, möglichst in öffentlichen Küchen zubereitetes Essen muss zum Standard jeder Schule gehören.

- ➔ Dazu gab es einen Antrag des LINKE-Kreisrats Johannes Müllerschön für den Haushalt 2014, als Einstieg an den drei kreiseigenen Sonderschulen kostenloses Schulessen umzusetzen, der leider im Kreistag keine Mehrheit erhielt.

Wir begrüßen den Ausbau des Bildungscampus in Heilbronn, sehen aber die Gefahr der Einflussnahme von Privatunternehmen oder ihrer Stiftungen auf das Bildungssystem. Im Fall von Heilbronn greift insbesondere die Dieter-Schwarz-Stiftung (Lidl) mit viel Geld in die Bildung ein. Diese Einmischung gefährdet den demokratischen Charakter von politischen Entscheidungen. Neben dem Bildungscampus betrifft das auch die Weiterbildung von ErzieherInnen und LehrerInnen. Die gesamte Sprachförderung an Heilbronner Schulen wird komplett von der AIM (Akademie für Innovative Bildung und Management) geleistet. Durch diese Abhängigkeit macht sich die Stadt erpressbar.

Statt ihnen die Möglichkeit zu geben, über Stiftungen Einfluss auf unsere Bildung zu nehmen, sollten Milliardäre und Unternehmen wieder höher besteuert werden. Dann kann die öffentliche Hand auch vielfältige Bildungsangebote finanzieren.

Keine Bundeswehr an die Schulen

Als einzige Partei, die im Bundestag keinem Kriegseinsatz der Bundeswehr zugestimmt hat, sehen wir die zunehmenden Werbemaßnahmen der Armee in den Klassenzimmern als Vor-posten einer Militarisierung der Gesellschaft, die dem Geist des Grundgesetzes widerspricht. In den Schulen muss dieses verantwortungslos „Werben fürs Sterben“ gestoppt werden. Mehr Informationen dazu unter: <http://www.lernenfuerdenfrieden.de/>

Wohnortnahe Gesundheitsversorgung und bessere Altenpflege

Die durch diverse Gesundheitsreformen politisch herbeigeführte Unterfinanzierung der Krankenhäuser führt dazu, dass immer mehr Krankenhäuser, insbesondere in den Landkreisen, schließen, fusionieren oder/und privatisiert werden. Die Krankenhäuser werden untereinander in einen Wettbewerb um die lukrativsten Behandlungen getrieben.

Im Stadt- und Landkreis Heilbronn bedeutet das, dass die Krankenhäuser beim Neubau im Gesundbrunnen und im Plattenwald nicht komplett vom Land übernommen werden. Das schreibt das Krankenhausfinanzierungsgesetz vor, aber um nicht bis zum Nimmerleinstag zu warten, müssen Stadt und Landkreis zuzahlen. Und noch schlimmer, das Krankenhaus muss selbst finanziell zum Neubau beitragen. Das geschieht auf dem Rücken der Beschäftigten, da die Personalkosten je nach Haus mehr als 60 Prozent der Ausgaben darstellen. Die Folge ist Personalabbau und damit verbunden eine schlechtere Patientenversorgung. Wenn also die Reinigungskraft, die unterbezahlt und gehetzt das Zimmer nicht sauber bekommt, ist das eine Folge von Arbeitsverdichtung und Outsourcing. Ebenso ist die frühzeitige Entlassung von Patienten, die längere Zeit zur Genesung bräuchten, eine Folge des DRG Systems. Es setzt falsche Anreize zur Patientenversorgung und beim Fallmanagement.

Das Problem ist im ganzen Land zu finden. Hier müssen sich die Gemeinden und Landkreise energisch wehren. Das Land hat seine Krankenhausbauten zu finanzieren, die Krankenkassen den laufenden Betrieb.

Die Überführung der Krankenhäuser in eine GmbH führt zu Intransparenz und einer rein betriebswirtschaftlichen Sicht. Aber gerade Krankenhäuser sind Teil der Daseinsvorsorge und gehören in kommunale Hand.

Die Versorgung über die Klinikküche Löwenstein wird zudem mit einer Service GmbH organisiert, in der kein Tariflohn bezahlt wird. Zunehmend werden Arbeitsstellen im SLK-Bereich dieser Service GmbH zugeteilt. Mit dem Ergebnis, dass schlechtere Löhne bezahlt werden müssen.

DIE LINKE fordert

- Alle Mitarbeiter in einem Tarifvertrag zusammengefasst.
- Keine Vergabe an externe Dienstleistungsunternehmen
- Personelle Mindestausstattung für Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen, bei guter Bezahlung auf Höhe des TVöD (Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst).

In Einrichtungen der Altenpflege muss die kommunale Zuständigkeit erhalten bleiben. Die Ausstattung mit genügend Fachkräften ist in den meisten Einrichtungen nicht gewährleistet. Hier muss die Heimpersonal-Verordnung deutlich nachgebessert werden.

Alte und pflegebedürftige Menschen dürfen nicht „verwahrt“, sondern müssen würdig behandelt werden und am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.

- Die kommunalen Parlamente, speziell der Regionalverband, müssen dieses dringende Problem in den Fokus nehmen und die Vernetzung von Pflegeangeboten und Information für Angehörige fördern.
- Einen ein Mindestlohn für alle Beschäftigten in Alten-, Pflegeeinrichtungen ohne Ausnahmen.

Gleichberechtigung / Gender

"Frauenrecht ist nicht nur ein abstrakter Begriff; es ist vor allem eine persönliche Sache. Es geht dabei nicht nur um "uns"; sondern ebenso um mich und um dich." (Toni Morrison, amerikanische Schriftstellerin, 1979)

DIE LINKE will die strukturelle Diskriminierung von Frauen aufheben und streitet für die tatsächliche Herstellung der Geschlechtergerechtigkeit in Politik und Gesellschaft. DIE LINKE fordert die im Grundgesetz verankerte Gleichberechtigung von Frau und Mann. Da dies in der Realität noch nicht angekommen ist, verlangen wir eine besondere Anstrengung auch auf kommunaler Ebene.

Ihren emanzipatorischen Gesellschaftsanspruch will die LINKE auch für sich selbst umsetzen. Wir haben die 50-Prozent-Quote in unserer Partei eingeführt. Für die Kommunalwahl im Stadt- und Landkreis Heilbronn haben wir einen 50-prozentigen Frauenanteil aber nicht erreicht. Für den

Kreistag kandidieren 58 Kandidatinnen und Kandidaten, 34 Prozent sind Frauen. - Trotzdem und gerade deswegen wollen wir eine Politik der Gleichberechtigung.

Für den Haushalt 2014 des Kreistags beantragte unser Kreisrat Johannes Müllerschön eine Planstelle für eine Frauenbeauftragte im Landkreis. Der Antrag wurde abgelehnt.

Aber wir lassen nicht locker und fordern im Stadt- und Landkreis Heilbronn:

- * Gleiche Bezahlung für gleichwertige Arbeit von Frau und Mann in allen kommunalen Einrichtungen.
- * Eine Frauenbeauftragte auch im Landkreis.
- * Besseren Schutz von Menschen, die Opfer von häuslicher Gewalt wurden.
- * Sicherstellung der Finanzierung der Frauenhäuser, auch selbstständiger Frauenhäuser.
- * Förderprogramme für Frauen, die Schulabschlüsse, Berufsausbildung und/oder Studium anstreben.
- * ein Jugendprojekt, das Mädchen und Jungen Berufe näherbringt, die als Klischee dem anderen Geschlecht zugeordnet werden. Wir brauchen mehr männliche Erzieher und weibliche Ingenieure.

Wohnen

Die Lage auf dem Wohnungs- und Immobilienmarkt verschärft sich aktuell. Die Große Koalition in Berlin will laut Koalitionsvertrag keinen Euro zusätzlich für den Sozialen Wohnungsbau ausgeben – obwohl er seit Jahren am Boden liegt.

Gleichzeitig sorgt die Immobilienblase in Deutschland dafür, dass private Investoren alle zur Verfügung stehenden Flächen und Häuser aufkaufen. Die Preise steigen dadurch enorm. Die privaten Investoren wollen aber Geld verdienen, niedrige oder zumindest moderate Mieten sind mit ihnen nicht zu machen. Wer nicht zahlen kann, wird vertrieben.

Das geschieht aber nicht nur in Hamburg und Stuttgart, sondern auch zunehmend in Heilbronn und den größeren Landkreiskommunen wie Weinsberg oder Brackenheim. In Heilbronn kommen auf fast 10 000 Haushalte mit Sozialwohnungsanspruch gerade 1200 Sozialwohnungen. Aber Menschen mit mittleren Einkommen finden immer schwerer eine passende Wohnung. Die Mieten mitsamt Nebenkosten steigen um ein vielfaches gegenüber den Löhnen und Gehältern.

In Heilbronn tut sich viel. Die Lidl-Stiftung lässt einen Hochschulcampus nach dem anderen bauen, dazu kommen die Stadtbahn und der neue Stadtteil Neckarbogen. Heilbronn gestaltet sich um. Was aber auch bedeutet, dass Mieten schneller steigen und angestammte Mieter vertrieben werden, wenn die Politik nicht handelt.

DIE LINKE will der Preisexplosion etwas entgegensetzen:

- 30 Prozent sozialer Wohnungsbau in jedem Neubau. Beibehaltung der Quote des sozialen Wohnungsbaus bei Sanierung.
- Kommunale Vermittlungsstelle einführen in Stadt- und Landkreis.

- Heilbronner Stadtsiedlung in Stadteigentum überführen.
- Die Städte müssen aktiv in den Wohnungsmarkt eingreifen, freie Flächen und Häuser kaufen, Zuschüsse für sozialen Wohnungsbau gewähren.
- Neue und alternative Formen des Wohnens wie generationenübergreifendes Wohnen fördern.
- Das Landeswohnungsbauprogramm muss besser finanziert werden und entsprechend eingreifen.
 - ➔ Wohnen ist Menschenrecht, Immobilienspekulationen nicht!

Migranten stärken

Heilbronn ist unsere Stadt. Alle Einwohner in Heilbronn, egal welcher Herkunft, müssen sich als eigenständige Persönlichkeiten und nicht nur als Angehörige einer bestimmten Gruppe angenommen fühlen.

Deshalb sind alle Menschen in unserer Stadt willkommen. Migranten muss eine dauerhafte Einbeziehung in das soziale, kulturelle und wirtschaftliche Leben angeboten werden, damit sie sich aktiv am gesellschaftlichen Leben der Stadt beteiligen können.

Ein wichtiger Aspekt ist, dass Migranten oft einer religiösen Minderheit angehören oder konfessionsfrei sind. Daher ist die weltanschauliche Gleichbehandlung aller Einwohner eine Grundvoraussetzung für ein gleichberechtigtes Miteinander.

Wir wollen, dass der Integrationsbeirat der Stadt Heilbronn mit mehr Mitsprache- und Mitwirkungsrecht ausgestattet wird und nicht nur als beratender Beirat tätig bleibt. Für den Landkreis fordern wir eine Einrichtung eines Integrationsbeirats. Bisher sind Menschen mit Migrationshintergrund weder im Heilbronner Gemeinderat noch im Kreistag vertreten.

DIE LINKE versucht dieser Ungleichbehandlung entgegenzutreten und hat Menschen mit und ohne Migrationshintergrund gleichberechtigt auf die Kommunallisten gesetzt.

Wir fordern das kommunale Wahlrecht auch für Menschen mit ausländischem Pass.

Antifaschismus- Noch immer notwendig!

Heilbronn hat ein Naziproblem: Nicht nur, dass die Stadt Schauplatz eines Mords des sogenannten „Nationalsozialistischen Untergrunds“ wurde, es bestehen zusätzlich eine Vielzahl von Querverbindungen von den faschistischen Mördern zur lokalen Naziszene. In diesem Zusammenhang sind vor allem die Nachfolgestrukturen des verbotenen Nazimusiknetzwerks „Blood and honour“ in der Region zu erwähnen. Diese Kontakte des NSU nach Baden-Württemberg spielen eine Schlüsselrolle im Komplex um die zehn Morde der Faschisten in ganz Deutschland. Zusätzlich zählen die Kreisverbände der NPD und ihrer Jugendorganisation JN vor Ort zu den aktivsten in Baden-Württemberg und zeichnen sich vor allem durch die hohe persönliche Kontinuität von einigen Kadern aus. Das schlägt sich in teils überdurchschnittlichen Wahlergebnissen in der Region und in der

Einbindung von Heilbronner Kadern auf Landesebene nieder. Trotzdem ist spätestens seit dem Nazigroßaufmarsch in Heilbronn am 1. Mai 2011 klar: Die Stadt Heilbronn ist meilenweit davon entfernt, einen angemessenen Umgang mit dem Problem zu finden. Während Stadt und Polizei alles daran setzen, antifaschistischen Widerstand gegen Nazidemonstrationen mit martialischem Polizeiaufgebot schon im Keim zu ersticken und die Nazis ungestört aufmarschieren zu lassen, verbreiten sie weiterhin das Märchen, im Raum Heilbronn existiere keine Naziszene. Dass das auch anders geht, zeigen beispielhaft Städte wie Mannheim oder Heidelberg, wo in den vergangenen Jahren mehrfach Bürgerinnen und Bürger Naziaufmärsche durch Aktionen zivilen Ungehorsams erfolgreich verhindert haben.

Doch nicht nur eine aktive Naziszene findet sich im Raum Heilbronn, auch Rechtspopulisten machen in unserer Stadt Politik. Zu nennen wären dabei vor allem die rassistische, aus den „Republikanern“ hervorgegangene Vereinigung „Pro Heilbronn“, die sogar im Gemeinderat vertreten ist, und die neu auf den Plan getretene selbsternannte „Alternative für Deutschland“ (AfD), die mit dem Schüren von rassistischen Vorurteilen und angeblicher „Euro-Kritik“ auch in Heilbronn auf Stimmenfang geht.

Gerade im Aufschwung der AfD spiegelt sich auch der Rassismus aus der sogenannten „Mitte der Gesellschaft“ wieder. Wir halten deshalb verstärkte antirassistische Bildungsarbeit auch in Heilbronn für dringend notwendig.

Flüchtlingspolitik

Jahr für Jahr sind weltweit Millionen Menschen auf der Flucht vor Hunger, Armut und Krieg. Nach wie vor verwehrt die kapitalistische Weltordnung einem großen Teil der Weltbevölkerung ein Leben in Würde. Aufrechterhalten wird diese Situation unter anderem von der imperialistischen Politik der BRD. Kommen die Betroffenen dieser Verhältnisse jedoch nach ihrer oft lebensgefährlichen Flucht an den Außengrenzen Europas an, sind sie mit der vollen Härte der europäischen Flüchtlingsabwehr und des behördlichen Rassismus konfrontiert. Gerade in der BRD sind seit der faktischen Abschaffung des Asylrechts im Jahr 1993 die Lebensbedingungen von AsylbewerberInnen unerträglich.

Zusammengepfercht in meist barackenähnlichen Unterkünften am Stadtrand, von deutschen Behörden schikaniert, ständig von Abschiebung bedroht, ohne Arbeitserlaubnis und vom gesellschaftlicher Teilhabe weitgehend ausgeschlossen sind sie weit davon entfernt, ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Der Landkreis Heilbronn nimmt auch in dieser Thematik eine unrühmliche Position ein. So besteht er trotz Protesten der Flüchtlinge als einer von wenigen Landkreisen in Baden-Württemberg darauf, AsylbewerberInnen Essenspakete bereitzustellen, statt ihnen durch Geldmittel Wahlfreiheit bei der Ernährung zu ermöglichen.

Aus diesen Gründen protestieren seit Jahren Flüchtlinge mit dem Slogan „Wir sind hier, weil ihr unsere Länder zerstört!“ in ganz Deutschland. Wir sind solidarisch mit den Kämpfen der Flüchtlinge für ihre Rechte und fordern auch für Heilbronn eine andere Asylpolitik. Es gilt Konzepte zu entwickeln, die Geflüchteten die Partizipation am gesellschaftlichen Leben ermöglichen. Dazu ist es zu allererst dringend notwendig, die Selbstbestimmung der Flüchtlinge durch freie Wohnortwahl, dezentrale Unterbringung, Arbeitserlaubnis, Bleiberecht für alle und Abschaffung sämtlicher Zwangsmaßnahmen zu stärken.

Altersgerechter Lebensort

So recht möchte in unserer Hochleistungsgesellschaft keiner alt werden. Wir leben nicht mehr im Familienverbund, so dass uns die Situation im Alter automatisch vorgeschrieben wäre.

Heute fühlen sich auch die älteren Menschen jünger, als sie an Lebensjahren sind. Die im Leben gewonnene Freiheit sollte nicht verloren gehen. Die Gesellschaft muss den Segen längeren Lebens positiv begleiten.

In einer Kommune heißt das, dass altersgerechte Wohnungen und ein entsprechendes Wohnumfeld geschaffen werden müssen. Nicht in Altersgettos, sondern mittendrin. Was heute oftmals für dicke Geldbeutel vorhanden ist, muss für jede und jeden möglich sein. Mit Lust und Laune und vor allem in Würde alt sein zu dürfen, auch wenn sich nicht alle alt nennen wollen;-)

Dazu gehört zwingend eine Rente, die nicht Armut erzeugt. DIE LINKE fordert deshalb eine solide finanzierte Rentenkasse, in die alle Einkommen (auch aus Aktiengewinnen, Selbstständige und Beamte) einzahlen, und zwar ohne Beitragsbemessungsgrenze (also mit dem gesamten Einkommen, nicht gedeckelt). Das Rentenniveau muss wieder auf 53 Prozent des früheren Einkommens angehoben werden, und eine Mindestrente von 1050 Euro soll Armut im Alter verhindern.

Natürlich sind nicht alle Menschen im Alter arm. Aber allen sollte das Angebot einer Teilhabe im gesellschaftlichen Leben gemacht werden, zum Nutzen aller Altersgruppen.

In Heilbronn und dem Landkreis fordern wir:

- Einen Bewusstseinswechsel im Umgang mit kommunaler Seniorenpolitik, dem Alter und seinen Potentialen. Kommunale Seniorenpolitik braucht einen höheren Stellenwert im politischen Alltag.
- Eine kommunale Seniorenpolitik, die mehr ist als Daseinsvorsorge und Bezuschussung von Alteneinrichtungen. Ihr obliegt es, den Seniorinnen und Senioren ein Mehr an gesellschaftlicher und kultureller Teilhabe zu ermöglichen und Voraussetzungen zu schaffen, ihre nützlichen Potentiale (Lebens- und Berufserfahrung, Freizeitzugewinn ...) gesellschaftlich produktiv zu machen.
- Ein Hauptanliegen kommunaler Seniorenpolitik ist die Mobilisierung zusätzlicher Reserven durch sinnvolle Vernetzung der Vielzahl örtlicher und regionaler Dienstleister, sozialer Einrichtungen, Selbsthilfegruppen und ehrenamtlicher Helfer. "Netzwerkbüros" erweisen sich bereits in der Praxis als hilfreich. Sie unterstützen die Zusammenführung persönlicher Interessen, ehrenamtlichen Engagements und Selbsthilfe.
- Die Wirksamkeit der Seniorenpolitik hängt in den Kommunen mehr noch als anderswo davon ab, wie sie als Querschnittsausgabe verwirklicht wird. Das betrifft ihre Einflussnahme auf den Zusammenhalt und die Wechselbeziehungen zwischen Jung und Alt ebenso wie das ressortübergreifende Zusammenarbeiten der Verwaltungen und die Bündelung regionaler Möglichkeiten.

DIE LINKE will eine Kommune, in die alle Menschen eingebunden sind.

Öffentlich geförderter Beschäftigungssektor (ÖBS)

DIE LINKE will für Menschen, die Schwierigkeiten im sogenannten ersten Arbeitsmarkt haben, eine Alternative mit Würde ermöglichen. Dazu ist erstens zu sagen, dass wir uns gegen einen Arbeitsmarkt wehren, der durch ständige Arbeitsverdichtung und Lohndumping immer mehr Menschen aussortiert. Das ist das Ergebnis einer neoliberalen Ausrichtung des Arbeitsmarktes, der wir auch auf kommunaler Ebene etwas entgegensetzen möchten.

Mit dem ÖBS werden mehrere Ziele verfolgt: Es wird ein spürbarer Beitrag zum Abbau der Massenarbeitslosigkeit geleistet, Arbeitslosen wird wieder eine individuelle Perspektive gegeben, es werden Arbeiten im Gemeinwohlinteresse angepackt, die sonst nicht erledigt würden.

Der ÖBS führt den Bedarf an gesellschaftlich notwendiger Arbeit mit der bei den Erwerbslosen brachliegenden Kompetenz und ihren Erfahrungen zusammen. Das ist eine klassische Win-win-Situation für Erwerbslose und für die Gesellschaft. Das Aufbringen der Mittel folgt dem Grundsatz „Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren“. Das heißt, die Mittel für Arbeitslosigkeit (Transferleistungen für Arbeitslose, Kosten der Verwaltung von Arbeitslosigkeit) sollten verwendet werden, um sinnvolle Beschäftigung zu existenzsichernden Löhnen aufzubauen. Beschäftigungsverhältnisse im ÖBS müssen existenzsichernd, sozialversicherungspflichtig und freiwillig sein.

Der ÖBS ist der dezidierte Gegenentwurf zur Hartz-IV-Logik des „Förderns und Forderns“. Es waren und sind doch die Grundlügen von Hartz IV, dass man erstens den Arbeitslosen nur richtig Beine machen muss, dann finden sie schon was, und dass zweitens nur ein Vermittlungsproblem bestünde, und wenn das gelöst wäre, hätte sich auch die Arbeitslosigkeit aufgelöst. Das ist mitnichten so. Wir haben ein eklatantes Arbeitsplatzdefizit, übrigens nicht nur in und während der Wirtschaftskrise, sondern auch in Zeiten des Aufschwungs. 10

Und es geht beim ÖBS gerade nicht darum, Arbeiten zu verrichten, für die sich Unternehmen interessieren. Es geht um gemeinwohlorientierte Projekte in den Bereichen Umwelt, Soziales, Bildung, Kultur, Sport und so weiter. Diese Arbeitsplätze gibt es ohne öffentliche Förderung nicht, weil sie sich nicht rechnen. Und es geht auch nicht um Aufgaben des Öffentlichen Dienstes. Ob zum Beispiel bei der Polizei Stellen neu entstehen oder abgebaut werden, hängt nicht von der Existenz eines ÖBS ab.

Wir möchten aber, dass diese Arbeiten erledigt werden, weil sie für das Gemeinwohl, für die Lebensqualität der Bürger in den Städten und Gemeinden wichtig sind.

DIE LINKE Heilbronn-Unterland wird im Sommer 2014 eine Veranstaltung zum ÖBS machen. Dabei wollen wir auf die Erfahrungen der brandenburgischen Linksfraktion zurückgreifen.

Hartz 4

Hartz 4 bedeutet Ausgrenzung und Armut für Millionen Menschen, nur weil sie keine Erwerbsarbeit finden oder als Aufstocker im Niedriglohnsektor tätig sind. Ständig leben sie in Angst, dass sie durch Sanktionen auch noch unter dieses zu gering bemessene „Existenzminimum“ gedrückt werden oder dass die Miete wegen angeblicher Unangemessenheit nur teilweise gezahlt wird.

- Wir fordern die Heilbronner Jobcenter auf, auf Sanktionen zu verzichten. Die Übernahme der vollen Mietkosten sollte Regelfall sein.

Auf dem Wohnungsmarkt gibt es kaum preisgünstige Wohnungen. Dem ist Rechnung zu tragen. Kürzungen oder gar 100-Prozent-Sanktionen führen zu Hunger und Obdachlosigkeit. Wir treten bundesweit ein für eine sanktionsfreie Mindestsicherung in Höhe von 1050 Euro ein, angelehnt an die in selber Höhe geforderte Mindestrente. Durch Einführung von Hartz 4 wurde ein riesiger Niedriglohnsektor mit befristeten Arbeitsverträgen und Ausdehnung der Leiharbeit geschaffen, der abgeschafft werden muss.

In Heilbronn sind 11 000 Menschen auf Hartz 4-Zahlungen angewiesen, 1200 Rentner müssen Grundsicherungsleistungen beziehen. Dem stehen 44 Einkommensmillionäre gegenüber.

- Wir wollen im Stadt- und Landkreis ein kostengünstiges, mittelfristig kostenfreies Sozialticket. Es muss im ÖNV endlich eingeführt und zum Sozialpass ausgebaut werden, der erwerbslosen und armen Menschen kostenlosen Zugang zu den öffentlichen Einrichtungen (Bäder, Büchereien, Museen) ermöglicht.
- Das kostenlose Mittagessen an den Schulen und Kitas sollte selbstverständlich sein.
- Die Gründung einer unabhängigen Sozialberatungsstelle muss gefördert werden.
- Nicht verbrauchte Mittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket nach SGB II sind für Schulsozialarbeit zu verwenden.

Mobilität/Verkehr

Eine nachhaltige Infrastrukturentwicklung setzt auf Verkehrsvermeidung, kurze Wege und energiesparende Verkehrsmittel. Vor diesem Hintergrund ist die politisch-ökonomische Raumplanung von großer Bedeutung. Zunehmend wird Infrastruktur verstärkt zentralisiert: Weiterführende Schulen werden in die Städte verlagert, Kliniken fusioniert und Standorte

aufgegeben, Polizeidienststellen geschlossen, kleine Nahversorger durch mächtige Discounter verdrängt. Kulturinstitutionen fallen dem Spardiktat der Gemeinden zum Opfer, Sportvereine ziehen fähige Sportler in die Städte. Mit der Zentralisierung verödet die Peripherie. Dörfer vergreisen oder entwickeln sich zurück zu Trabantsiedlungen deren Einwohner lange Strecken pendeln, meistens mit dem Automobil.

Deshalb fordert DIE LINKE

- Wiederaufnahme der Zabergäubahn. Das Erfolgsrezept S-Bahn kann auch die Zabergäugemeinden beflügeln, das Beispiel Bad Wildbad im Schwarzwald belegt die Belebung der Gemeinden durch einen S-Bahn-Anschluss.
- Sozialticket muss schnellstmöglich eingeführt werden.

Energie – ökologisch und sozial

Sonne, Wasser, Wind, Biomasse und Erdwärme können unendlich viel Energie liefern. Für fossile Energieträger wie Kohle, Mineralöl, Erdgas und Uran gilt: Verbrannt ist verbrannt. Sie wachsen nicht nach, hinterlassen aber klimaschädliche Abgase oder gefährliche Strahlenfrachten. Für erneuerbare Energien gilt das nicht, ihr Potenzial ist quasi unerschöpflich. Und um Wind oder Sonnenenergie werden keine Kriege geführt.

DIE LINKE verbindet den Umbau der Energiewirtschaft mit dezentraler Energieerzeugung und -Versorgung. Dies muss zur Demokratisierung der Energiewirtschaft führen, die Teilhabe von Bürgerinnen und Bürgern fördern und zur Reduzierung von CO₂ beitragen. Langfristig entsteht so eine sichere, umweltfreundliche, von Importen unabhängige und für alle bezahlbare Energieversorgung.

Die Förderkulisse des Bundes soll genutzt werden. Als Sofortmaßnahme sollte der Kreis mit der Stadt HN ein umfassendes kommunales Konzept zur Versorgung mit erneuerbaren Energien erstellen, das ein Solardachkataster enthält. Global denken und lokal handeln sollte die Leitlinie sein.

Wir wollen lokale Energie-Erzeugergesellschaften mit Einfluss der Kommunen auf die Geschäftspolitik statt Abhängigkeit von Großerzeugern. Gas, Wasser und Stromnetze in kommunale Hände! Ein Verbund von kleinen Stadtwerken. Die im Kreis entstehenden Gewinne und die lokale Wertschöpfung sichern den Kommunen Einkünfte. Das Geld wandert nicht in anonyme Taschen. Neue Arbeitsplätze können geschaffen werden. Die Kaufkraft in den Kommunen wird gestärkt.

Wir fordern die unverzügliche Stilllegung von Neckarwestheim und lehnen einen Neubau der Steinkohle Kraftwerke in Heilbronn ab. Der Ausstoß von vermehrten CO₂ Emissionen ist nachfolgenden Generationen gegenüber nicht vertretbar.

Um nicht finanzkräftigen Kommunen bei ihrer Aufgabe zu unterstützen, soll ein kommunaler Klimaschutzfonds ins Leben gerufen werden.

Wir wollen durchsetzen, dass alle öffentlichen Gebäude mit Blockheizkraftwerken, Solardächern und energetischer Gebäudesanierung ausgestattet werden.

So können in den Regionen Arbeitsplätze entstehen und die Kommunalhaushalte nachhaltig gestärkt werden.

Die Kosten der Energiewende dürfen nicht auf die Haushalte abgewälzt werden.